



- 11-295 B3.5.3  
Dringliche Interpellation Daniel Brühwiler (GEU/glp) und 9 Mitunterzeichnende "Weichenstellung in der Energieversorgung", GR Geschäft Nr. 84/2011  
Beantwortung
- 

## Ausgangslage

Am 10. Juni reichte Daniel Brühwiler (GEU/glp) mit 9 Mitunterzeichnenden folgende Dringliche Interpellation beim Gemeinderat ein:

„Weichenstellung in der Energieversorgung

### Einleitung

Nach der Havarie im japanischen Atomkraftwerk Fukushima im März dieses Jahres ist es in der politischen Landschaft der Schweiz zu einem unübersehbaren Meinungsumschwung gekommen. Die Forderung nach dem Atomausstieg ist bei den Parteien breit abgestützt. Beeinflusst wurde dieser Meinungsumschwung sicher auch von der Tatsache, dass es sich bei Fukushima bereits um den dritten GAU in einem kommerziellen AKW innerhalb von 30 Jahren handelt. Durch verschärfte Sicherheitsanforderungen ist die Wirtschaftlichkeit bisheriger wie neuer AKW noch fraglicher geworden.

Die Frage des Atomausstieges ist eine langfristige Angelegenheit. Mit Sicherheit kann aber bereits jetzt gesagt werden, dass der Ersatz bzw. die Einsparung des Atomstromanteils am Schweizer Strommix kein Spaziergang ist. Gefordert ist deshalb nicht nur die Bundespolitik, welche bekanntlich am 25. Mai den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen hat. Auch die Kantone und die Gemeinden werden sich in dieser Sache ins Zeug legen müssen. In diesem Zusammenhang ersuchen wir den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen.

### Fragen:

1. Wieviel elektrischen Strom verbrauchen die städtischen Liegenschaften und Betriebe insgesamt während eines Jahres? Welcher Anteil davon ist Atomstrom? Ist der Stadtrat bereit bei den eigenen Liegenschaften und Betrieben einen Absenkpfad für Atomstrom festzulegen?
2. Der Stadtrat hat durch seine Vertretung im Verwaltungsrat der Glattwerk AG Einfluss auf den Stromverkauf in Dübendorf. Gemäss dem auf der Stromrechnung jeweils ausgewiesenen Strommix verkauft die Glattwerk AG Strom mit einem hohen Anteil Atomstrom. Ist der Stadtrat bereit, seinen Einfluss geltend zu machen und für die Glattwerk AG einen Atomstrom- Absenkpfad festzulegen? Seit einigen Jahren kauft die Glattwerk AG Wasserkraftzertifikate für den Haushaltstrom; gerade kürzlich wurde der Beschluss publiziert, diese Zertifikate wieder für drei Jahre zu erwerben. Wie beurteilt der Stadtrat die Möglichkeit, diese Zertifikate als Standardlösung dauerhaft einzuführen und so den Atomstromanteil zu senken?
3. Gemäss Medienmitteilung hat der Stadtrat am 11. März 2010 ein Massnahmenprogramm für das Label Energiestadt verabschiedet. Welche Massnahmen darin zielen auf die Reduktion des (Atom-) Stromverbrauches? Wo sieht der Stadtrat vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse Ergänzungsbedarf?
4. Wäre der Stadtrat bereit, seinen ablehnenden Beschluss zur Volksinitiative „2000 Watt-Gesellschaft für Dübendorf“ vor dem Hintergrund der geänderten Rahmenbedingungen im Energiebereich zu überdenken?
5. Teilt der Stadtrat die Meinung der Interpellanten, dass die lokale Energiepolitik nach den Ereignissen in Japan und den Diskussionen und Entscheidungen der letzten Wochen und Monate gesamtheitlich angegangen und langfristig ausgerichtet werden muss? Wie stellt sich der Stadtrat zu einer neuen Ausrichtung der Energiepolitik, wie sie vom Bundesrat am 25. Mai 2011 vorgespurt wurde?



6. Ist der Stadtrat bereit, sich - wie bereits einige Energiestädte in der Schweiz und in Europa - „auf den Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft“ zu machen oder dem Covenant of Mayors beizutreten, der auf die Ziele „3x20“ zielt (20% Effizienz, 20% erneuerbare, 20% weniger CO<sub>2</sub>) und damit eine Zusage für einen verbindlichen Absenkpfad für den gesamten Energieverbrauch darstellt? Was würde dies für Dübendorf an Massnahmen und nächsten Schritten konkret bedeuten?“

## Erwägungen

Der Gemeinderat hat die Dringliche Interpellation an seiner Sitzung vom 4. Juli 2011 zur Beantwortung an den Stadtrat überwiesen. Der Stadtrat hat gestützt auf Art. 51 Abs. 4 der Geschäftsordnung innert zwei Monaten, d. h. bis spätestens 4. September 2011, nach der Begründung schriftlich zu antworten.

## Beschluss

1. Die Interpellation von Daniel Brühwiler wird wie folgt beantwortet:

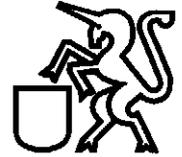
*Frage 1: Wieviel elektrischen Strom verbrauchen die städtischen Liegenschaften und Betriebe insgesamt während eines Jahres? Welcher Anteil davon ist Atomstrom? Ist der Stadtrat bereit bei den eigenen Liegenschaften und Betrieben einen Absenkpfad für Atomstrom festzulegen?*

Die städtischen Liegenschaften benützen einen normalen Strommix. Ziel ist, den Anteil an Strom aus erneuerbaren Energien für die städtischen Liegenschaften kontinuierlich zu steigern. Dies soll in erster Linie durch Eigenproduktion, konkret durch den Bau von Photovoltaikanlagen auf einzelnen städtischen Bauten, realisiert werden. Derzeit laufen die Abklärungen zur Machbarkeit solcher Anlagen auf dem Tonnendach des Stadthauses und bei der Realisierung eines neuen Bauhofes.

*Frage 2: Der Stadtrat hat durch seine Vertretung im Verwaltungsrat der Glattwerk AG Einfluss auf den Stromverkauf in Dübendorf. Gemäss dem auf der Stromrechnung jeweils ausgewiesenen Strommix verkauft die Glattwerk AG Strom mit einem hohen Anteil Atomstrom. Ist der Stadtrat bereit, seinen Einfluss geltend zu machen und für die Glattwerk AG einen Atomstrom-Absenkpfad festzulegen? Seit einigen Jahren kauft die Glattwerk AG Wasserkraftzertifikate für den Haushaltstrom; gerade kürzlich wurde der Beschluss publiziert, diese Zertifikate wieder für drei Jahre zu erwerben. Wie beurteilt der Stadtrat die Möglichkeit, diese Zertifikate als Standardlösung dauerhaft einzuführen und so den Atomstromanteil zu senken?*

Der Stadtrat nimmt seinen Einfluss mit zwei VR-Mitgliedern wahr, welche jedoch keine Handlungsanweisungen an die ihre eigenen Interessen verfolgende AG geben können.

Die Glattwerk AG bezieht den Strommix bei der Axpo, der zu knapp über 50 % aus der Kernenergie stammt. Die Glattwerk AG versorgt jedoch - wie vom Interpellanten erwähnt - alle Haushaltskunden seit 1. Oktober 2007 und gesichert bis 2013 mit Strom aus Schweizerischer Wasserkraft. Der Stadtrat bringt das Anliegen ein, dass Haushaltstrom Wasserkraft- oder Ökostromzertifikate als Standardlösung dauerhaft geführt werden.



*Frage 3: Gemäss Medienmitteilung hat der Stadtrat am 11. März 2010 ein Massnahmenprogramm für das Label Energiestadt verabschiedet. Welche Massnahmen darin zielen auf die Reduktion des (Atom-) Stromverbrauches? Wo sieht der Stadtrat vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse Ergänzungsbedarf?*

Nebst der Abklärung der Machbarkeit von Photovoltaikanlagen (siehe Frage 1) sieht das Massnahmenprogramm Energiestadt auch die Senkung des Stromverbrauchs der städtischen Liegenschaften vor (Zielvorgabe 1 % pro Jahr). Mit der für die Gebäude der städtischen Verwaltung eingeführten Energiebuchhaltung besteht ein Instrument, mit dem sich betriebstechnische Massnahmen auf ihre Wirksamkeit überprüfen lassen.

*Frage 4: Wäre der Stadtrat bereit, seinen ablehnenden Beschluss zur Volksinitiative „2000 Watt-Gesellschaft für Dübendorf“ vor dem Hintergrund der geänderten Rahmenbedingungen im Energiebereich zu überdenken?*

Den Stadtrat hat sich mit der Volksinitiative bereits zu einem früheren Zeitpunkt intensiv auseinandergesetzt, seine Meinung gebildet und seine ablehnende Haltung begründet. Er ist nicht bereit, diese Haltung umzustossen. Auch unabhängig vom inhaltlichen Aspekt lehnt der Stadtrat den in der Initiative vorgesehenen organisatorischen Eingriff mit der Einführung einer neuen „2000-Watt-Kommission“ ab.

*Frage 5: Teilt der Stadtrat die Meinung der Interpellanten, dass die lokale Energiepolitik nach den Ereignissen in Japan und den Diskussionen und Entscheiden der letzten Wochen und Monate gesamtheitlich angegangen und langfristig ausgerichtet werden muss? Wie stellt sich der Stadtrat zu einer neuen Ausrichtung der Energiepolitik, wie sie vom Bundesrat am 25. Mai 2011 vorgespurt wurde?*

Der Stadtrat Dübendorf hat seine Energiestrategie bisher schon nach den Grundsätzen und Richtlinien des Labels Energiestadt gestaltet, ist aber auch willens, hier weiter zu gehen und für die Energiepolitik gemäss Bundesratsentscheid auf seinem Gebiet die entsprechenden Schritte einzuleiten.

*Frage 6: Ist der Stadtrat bereit, sich - wie bereits einige Energiestädte in der Schweiz und in Europa - „auf den Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft zu machen oder dem Covenant of Mayors beizutreten, der auf die Ziele „3x20“ zielt (20% Effizienz, 20% erneuerbare, 20% weniger CO2) und damit eine Zusage für einen verbindlichen Absenkpfad für den gesamten Energieverbrauch darstellt? Was würde dies für Dübendorf an Massnahmen und nächsten Schritten konkret bedeuten?*

Das Führen des Energiestadt-Labels ist bereits ein klares Signal, dass der Stadtrat bereit ist, sich auf den Weg Richtung 2000-Watt-Gesellschaft zu machen. Mit dem Massnahmenprogramm für das Label Energiestadt wird die Umsetzung einzelner Massnahmen – immer vor dem Hintergrund der Kostenfrage – laufend vorangetrieben.



## Mitteilung durch Protokollauszug

- Daniel Brühwiler, Wasserfurrenstrasse 14, 8600 Dübendorf
- Gemeinderatssekretär – z. H. des Gemeinderates
- Stadtpräsident
- Abteilung Planung
- Abteilung Liegenschaften
- Akten

Stadtrat Dübendorf

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ziörjen'.

Lothar Ziörjen  
Stadtpräsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ammann'.

David Ammann  
Stadtschreiber